

SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Weddelbrook
und Mönkloh

RUND UM DEN ROLAND

In eigener Sache:

Zunächst einmal hoffen wir, daß Sie alle ein frohes Weihnachtsfest verbracht haben und gut ins neue Jahr gerutscht sind. Wir wünschen Ihnen auf jeden Fall, daß 1978 für Sie ein gutes und gesundes Jahr wird.

Doch auch wir haben nicht nur gute Wünsche mit in das neue Jahr genommen sondern auch gute Vorsätze. Ein guter Vorsatz lautet: **Wir wollen alles nicht mehr so „verbissen“ sehen.** Wenn schon einige Leute (meist nicht unserer Partei nahestehend) uns diese Empfehlung geben, dann wollen wir ihr auch Folge leisten.

Wir wollen es nicht mehr so „verbissen“ sehen, wenn alte Leute aus einem Altersheim mehr oder weniger „herausgeschmissen“ werden und wir wollen es erst recht nicht mehr so „verbissen“ sehen, wenn führende CDU-Politiker die Bürger „für dumm verkaufen“.

Wir werden in Zukunft alles mit Humor nehmen - solange, bis wir keinen Biß mehr haben.

Doch das wird uns nicht passieren. Darum: sehen Sie es bitte nicht so „verbissen“, wenn wir etwas „verbissen“ sehen.

Ihre Redaktion

Bürgerzeitung der SPD

Nr.1/1978

3.Jahrgang

Januar 1978

„Wir haben alles allein gemacht“

Bad Bramstedt. Wie zu jeder Wahl sind auch jetzt wieder die gleichen Töne zu hören. Jede Partei (und insbesondere eine) nimmt für sich in Anspruch, die Entwicklung in Bad Bramstedt gestaltet zu haben. Wir haben uns einmal die Mühe gemacht und die Entscheidungen in der Stadtverordnetenversammlung seit 1974 verfolgt. Das führte zu recht interessanten Ergebnissen.

Die überwiegende Anzahl der Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung sind einstimmig gefaßt worden. Insbesondere alle Bebauungspläne haben die Zustimmung aller drei Parteien gefunden, so daß es müßig ist, heute zu behaupten, eine Partei hätte dies gemacht.

Nun wollen wir uns aber die Beschlüsse ansehen, die kontrovers abgestimmt worden sind. Dabei lassen wir Abstimmungen, bei denen es um die Tagesordnung oder um die Verfahrensweise ging, unbeachtet und kümmern uns in erster Linie um Sachabstimmungen.

Im Jahre 1974 wird ein Antrag vom Fraktions-sprecher der CDU zum Flächennutzungsplan abgelehnt. Es ging dabei um die Bebauung in Nähe einer Au.

In der folgenden Sitzung lehnt die CDU-Mehrheit einen F.D.P.-Antrag ab, die Magistratsprotokolle an alle Stadtverordneten zu versenden.

Im November 1974 werden gegen SPD-Stimmen (mit einer Ausnahme) die **Erhöhung der Pflegesätze für das Altersheim** und eine neue **Abwassergebührensatzung** beschlossen.

Im Frühjahr 1975 setzt die CDU gegen SPD und F.D.P. die rigorose **Erhöhung der Freibadpreise** durch; ein Gegenvorschlag der SPD kommt nur in einigen Punkten (Berücksichtigung von Alleinstehenden mit Kindern) durch.

Im September können sich die beiden „Oppositions“-parteien bei der **Neuregelung der Hauptsatzung** nicht gegen die absolute Mehrheit durchsetzen. Auf derselben Sitzung werden eine SPD-Resolution und zwei F.D.P.-Anträge abgelehnt.

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung 1975 wird gegen die F.D.P. die **Satzung über die Straßenreinigung** verabschiedet. Beim Nachtragshaushalt lehnt die CDU die **Erhöhung der Mittel für den Ring Politischer Jugend und den Ortsjugendring** ab.

Bei den Haushaltsberatungen für 1976 wird ein Antrag der F.D.P., die **Mittel für den Jugendzentrumsleiter** zu streichen, von CDU und SPD abgewiesen. Ebenfalls in dieser Sitzung wird gegen die F.D.P. und SPD beschlossen, für die **Neuwahl des Bürgermeisters** keine Stellenausschreibung vorzunehmen.

Im Juni 1976 setzt die CDU gegen SPD und F.D.P. die **Gebührensatzung über die Straßenreinigung** durch. Am selben Tage beschließt die CDU mit einer Ausnahme eine **Verkürzung der Öffnungszeiten des Freibades**.

Am 31.8.76 wird in geheimer Sitzung ein **Vergleichsvertrag mit dem Köhlerhof** beschlossen. Die Mehrheit der SPD stimmte diesem Vertrag nicht zu.

Fortsetzung auf Seite 3

Achtung: Termin

Weddelbrook/Bimöhlen. Am 3.2.78 um 20 Uhr stellt der Gebietsverband der SPD in „**Wolters Gasthof**“ in Weddelbrook den Kreistagskandidaten der SPD für Bad Bramstedt-Land **Helmut Brüggmann** vor.

Zu dieser Veranstaltung haben ihre Teilnahme bereits zugesagt: Bundestagsabgeordneter Günther Heyenn, Landtagsabgeordneter und SPD-Kreisvorsitzender Manfred Franck und die Kreistagsabgeordneten Marianne Kracht und Arthur Aude.

Helmut Brüggmanns Wahlbezirk umfaßt die Gemeinden des Amtes Bad Bramstedt-Land und den Stadtwahlbezirk I (Schillerstraße usw.).

Bimöhlen

Privatstraßen ?

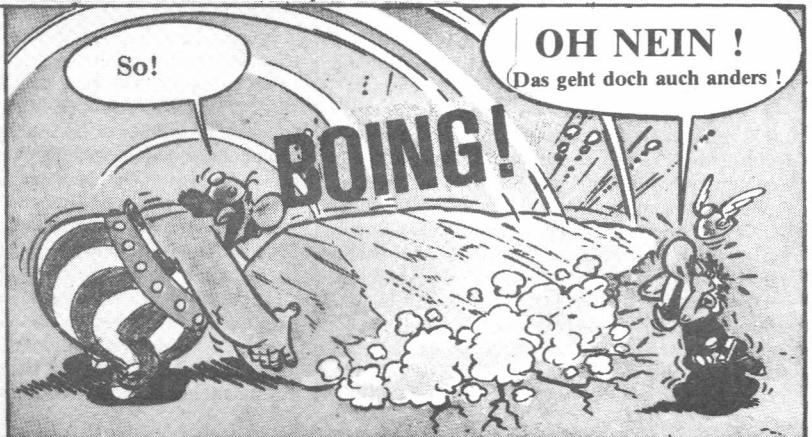
Bimöhlen. Werden in Bimöhlen die Gemeindestraßen über Privatgrundstücke geführt, ohne daß die Anlieger informiert oder gefragt werden ?

Dies ist Gegenstand einer SPD-Anfrage an Bürgermeister Schütt zur nächsten Gemeindevertreter-sitzung.

Die SPD will wissen, ob beim Ausbau der Straßen Entenbusch und Hasenmoorweg die Straße bzw der Bürgersteig über Privatboden geführt wurde. Nach SPD-Informationen hat sich bei Vermessungsmaßnahmen herausgestellt, daß Privatgrundstücke von den Bauarbeiten erfaßt worden sind, ohne daß die Eigentümer gefragt wurden.

„Rund um den Roland“ kann wegen des Redaktionsschlusses die Antwort in dieser Ausgabe leider nicht mehr veröffentlichen.

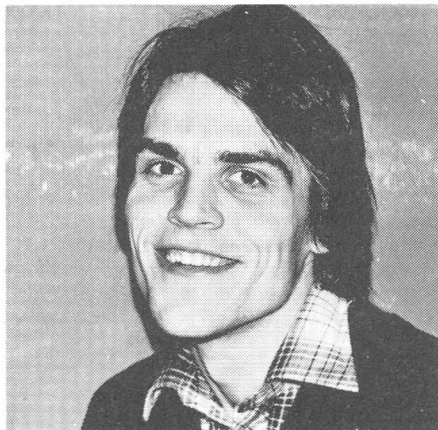
mehr von Bimöhlen auf Seite 4



Wir stellen vor :

Er ist sicher nicht gerade unbekannt. Viele kennen ihn aus der Kommunalpolitik nicht wenige durch sein Hobby, das Fotografieren.

Jan-Uwe Schadendorf wurde 1952 in Bad Bramstedt geboren und ist somit „Alt“-ingesessener. Nach dem Besuch der Grundschule wechselte er 1964 auf die Jürgen-Fuhlendorf-Schule über. Dort machte er im Jahre 72 sein Abitur. Im Anschluß erlernte er den Beruf des Bankkaufmanns und entschloß sich dann, zu studieren. Zur Zeit ist er an der Universität Hamburg für den Studiengang Berufsschullehrer (kaufmännisch) eingeschrieben.



Schon recht früh wurde Jan Schadendorf politisch aktiv. Mit 17 Jahren trat er der Bramstedter SPD bei und war zunächst bei den Jungsozialisten tätig. Auch an seiner Schule setzte er sich für die Belange der Schüler ein. Über 1 1/2 Jahre wählten ihn sein Mitschüler zum Schulsprecher.

In den folgenden Jahren engagierte er sich mehr und mehr innerhalb der SPD für die Kommunalpolitik. Zur Kommunalwahl 1974 wurde Jan-Uwe Schadendorf als Direktkandidat nominiert und ist seitdem als bürgerliches Mitglied im Kulturausschuß tätig.

Besonderen Wert legte er jedoch immer auf die außerparlamentarische Arbeit. Ohne vermassen zu sein oder die Verdienste anderer schmälern zu wollen, kann man wohl behaupten, daß ohne seinen Einsatz das Jugendzentrum nicht so schnell verwirklicht worden wäre.

Seit fast zwei Jahren trägt Jan-Uwe Schadendorf auch zum Erscheinen dieser Zeitung bei und ist seit geraumer Zeit verantwortlicher Redakteur.

Außerdem ist er Pressesprecher des SPD-Ortsvereins und Vorsitzender der SPD-Schiedskommission auf Kreisebene.

Seine Konsequenz und sein Bestreben, die Politik hinter verschlossenen Türen zu bekämpfen, haben ihn beim politischen Gegner nicht unbedingt beliebt gemacht.

Neben Politik und Studium läßt Jan-Uwe Schadendorf es sich nicht nehmen, seinem Hobby, der Fotografie, nachzugehen.

In Kürze:

Es grünt weiter. Am oberen Teil des Kieler Berges wurden Lücken zwischen den alten Bäumen mit Neuanpflanzungen geschlossen.

Nicht ganz richtig lagen wir mit unserem Artikel **Linksabbieger** in der letzten Ausgabe. Wie uns ein Bramstedter Fahrlehrer freundlicherweise mitteilte, ist amerikanisches Abbiegen grundsätzlich erlaubt. An Kreuzungen, an denen ein entsprechendes Schild angebracht ist, ist es vorgeschrieben. An den Bramstedter Kreuzungen können Sie also beides machen: „amerikanisch“ oder „deutsch“ Abbiegen.

Das **Titelfoto** unserer letzten Ausgabe, ein startendes Flugzeug, alamierte einen Mann des Fachs. Wie er uns sagte, würden Flugzeuge des abgebildeten Typs auf deutschen Flughäfen nicht mehr landen dürfen.

„Die da oben“**Bramstedts „Elite“ aus wissenschaftlicher Sicht**

Bad Bramstedt. Immer wieder hört man gerade von Bramstedter Neubürgern Verwunderung darüber, daß einige wenige Personen am Ort in den verschiedensten öffentlichen und privaten Organisationen eine führende Rolle spielen. Um diesen Umstand etwas näher zu beleuchten, veröffentlichen wir nachstehend einen Abschnitt aus der Doktorarbeit des Herrn Ulrich Matthee. Der Titel dieser Arbeit lautet „Elitenbildung in der kommunalen Politik“. Die Untersuchung stammt aus dem Jahre 1967, daher sind einige der genannten Personen heute nicht mehr in der Bramstedter Kommunalpolitik zu finden. Dennoch meinen wir, daß die Aussagen auch heute noch lesenswert sind, umso mehr, wenn man die gegenwärtige Situation genauer betrachtet. Wir haben daher einen Anhang verfaßt, der die Entwicklung seit 1967 und die heutige Lage erfassen soll.

Doch zunächst der Ausschnitt aus der genannten Dissertation:

„Die städtischen Eliten

5.Bad Bramstedt

Weniger deutlich, und nur in Ansätzen klar erkennbar, zeichnet sich die Hegemonie (Vorherrschaft/d.Red.) einzelner Familien in Bad Bramstedt ab. Dort hat der starke Bevölkerungszuwachs seit 1945 zu einer Umschichtung der Eliten geführt, die über die unmittelbare Nachkriegsphase hinaus das Monopol der alten Familien erschlitterte. Die traditionell führenden kaufmännischen und großbäuerlichen Gruppen wurden in zunehmendem Maße von konkurrierenden, meist neubürgerlichen Bevölkerungsschichten bedrängt, die sich in der SPD, dem früheren BHE sowie als Minderheit in der CDU sammelten. Trotzdem wurden die etablierten Eliten nie vollständig eliminiert vielmehr erfuhren sie während der letzten Jahre parallel mit dem Rückgang des BHE eine Renaissance ihrer Herrschaft. Im Gegensatz zu den bäuerlichen Gemeinden gelang die Rückkehr zum traditionellen Herrschaftsgefüge in Bad Bramstedt weniger vollständig und erst erheblich später als 1951. (Von 1952 bis 1955 stellte der BHE den Bürgervorsteher, der politische Durchbruch der alten Eliten gelang erst bei den Wahlen 1962 und 1966.)

Ihren institutionellen Rückhalt finden die alten Familien in der sog. „Vogelgilde“, einem exklusiven Schützenverein mit strengem Aufnahmelegement, dem die alten Oberschichten der Stadt angehören. Seine Vorstandschaft rekrutiert sich aus den angesehensten Familien der Stadt, und zwar aus den Bornhöfts und den Warnemündes (lt. Angaben des Bürgervorstehers a.D. Lieck), ferner gehören die Familien Thomsen, Wrage, Schnoor, Kohl, Haack, Harm, Dehn und Mohr als weitere prominente Mitglieder dem Verein an. Unter ihnen können die Bornhöfts als die politisch Einflußreichsten gelten, obwohl sie keine herausgehobenen politischen Funktionen wahrnehmen.

Bornhöft sen. konnte es sich sogar leisten, das ihm mehrfach angebotene Amt des Bürgervorstehers auszuschlagen.(nach Angaben Lieck)

Überhaupt fällt bei den städtischen Eliten die geringe Überschneidung von politisch-gesellschaftlicher Macht und politischen Institutionen auf.

Die von Bornhöft angeführte „Fraktion“ der führenden Familien in der Stadtverordnetenversammlung geht quer durch die beiden bürgerlichen Parteien und umfaßt mindestens acht von 20 Abgeordneten (Sitzverteilung nach den Wahlen vom März 1966: CDU-10, FDP-4, SPD-5, BHE-1).

Neben Bornhöft sen. und jun. tritt der Schwiegersohn Schnoor jun., ferner der ehemalige FDP-Kreistagsabgeordnete Thomsen, ein Schwager des Bürgermeisters der Nachbargemeinde Hitzhusen und Amtsvorsteher des Amtes Bad Bramstedt-Land, G. Freudenthal, und Schwiegersohn des langjährigen Bramstedter Bürgermeisters Freudenthal. Der Gruppe gehören außerdem der Kreistagsabgeordnete und Stadtrat Wrage und dessen Verwandter Harm an. Ferner Warnemünde, ein Sohn des ehemaligen Bürgermeisters und Kreisausschußmitgliedes und schließlich der Kreistagsabgeordnete und

1.Stadtrat Haack an. In den weiteren Kreis dieser sog. Gruppe Bornhöft treten zwei Neubürger ein, und zwar der Bürgervorsteher Schnack und der CDU-Ortsverbandsvorsitzende und 4.Stadtrat Schmidt.

Mit zwei Ausnahmen, den mit Bornhöft verwandten Kohls und den Dehns sind alle führenden Kaufmannsfamilien in dieser Gruppe vertreten, wobei das Fehlen der Dehns ein Generationsproblem darstellt, da der im Kreistag und im Stadtparlament führende Dehn sen. vor einigen Jahren verstarb. (Verwandtschaftsverhältnisse nach Angaben von Lieck)

Innerhalb der Gruppe Bornhöft fällt eine gewisse Differenzierung zwischen den allgemein politischen Funktionen und der reinen Parteiarbeit auf, wobei letzterer die Neubürger zuzuordnen sind.

Die starke Kohäsion der Führungsgruppe resultiert neben der verwandtschaftlichen Verflechtung nicht zuletzt aus einer Abwehrsituation innerhalb eines schnell wachsenden Gemeinwesens. Der Herrschaftsanspruch der alten Eliten wird hier nicht so bedingungslos anerkannt wie in den Bauerndörfern. Für die Familienherrschaft bedeutet dies eine Enkeldung ihrer Legitimität. Im Unterschied zu den rein bäuerlichen Eliten wird das Beharrungsvermögen hier nicht so sehr durch die Kontinuität der Ämter sichtbar, sondern findet seinen Ausdruck in einer flexiblen Politik der alten Familien. Diese lassen vorübergehend auch andere Schichten zumindestens nominell an der Herrschaft partizipieren, die Ämter werden häufiger umbesetzt, wenngleich das Schwergewicht der politischen Macht sich nicht verlagert. Das erschwert eine exakte Analyse der Familienherrschaft von den Institutionen her. Trotzdem wird aus dem Gesagten deutlich, Familienherrschaft auch in Städten wirksam werden kann.

Ihre etwas zwielichtige Stellung im städtischen Bereich ergibt sich aus dem Umstand, daß die städtischen Eliten nicht nur auf die Erhaltung der konventionellen Sozialstruktur und der überlieferten Lebensweise bedacht sind, sondern darüber hinaus auch unter dem Einfluß raumordnerischer und anderer politischer Gesichtspunkte massive wirtschaftliche Interessen gegenüber ihren Kommunen vertreten.“

... und heute ?

Soweit also Dr. Matthee, der hier nicht unbedingt Schmeichelehaftes über unsere „Elite“ zu berichten weiß.

Doch liegt diese Untersuchung schon zehn Jahre zurück und manch einer wird vermuten, daß sich in diesen Jahren vieles verändert hat.

Er mag mit dieser Vermutung teilweise recht haben, zumindest Namen haben sich in diesen Jahren geändert, wie dies auch Dr. Matthee schon für die Vergangenheit feststellte („lassen vorübergehend auch andere Schichten zumindestens nominell an der Herrschaft partizipieren“und„die Ämter werden häufiger umbesetzt“).

Gehen wir von den von Dr. Matthee genannten Namen aus:

Sophus Bornhöft (sen.) ist mittlerweile verstorben. Seine Söhne **Claus** und **Uwe** sind beide in der hiesigen CDU aktiv, **Claus Bornhöft**, Rechtsanwalt und Notar, ist CDU-Ortsverbandsvorsitzender, CDU-Fraktionssprecher und Listenkandidat für die Kreiswahl.

Jürgen Schnoor, Makler, war einige Jahre Stadtverordneter und ist heute bürgerliches Mitglied im Bauausschuß.

Bruno Wrage, Bauunternehmer, ist aus der F.D.P. ausgetreten und spielt seitdem in der Kommunalpolitik kaum noch eine Rolle.

Ernst Harm sen., KFZ-Kaufmann, ist z.Zt. noch Stadtverordneter für die FDP, will sich jedoch aus Altersgründen aus der Kommunalpolitik zurückziehen. Sein Sohn ist Kandidat für die CDU.

Günter Warnemünde, Kaufmann ist Nachfolger von Helmut Schnack als Bürgervorsteher und weiterhin Stadtverordneter für die CDU.

Werner Thomsen ist kein Stadtverordneter mehr sondern nur noch bürgerliches Mitglied im Kulturausschuß der Stadt. Er ist weiterhin Kandidat für die FDP bei den Kommunalwahlen.

G.Freudenthal ist nicht mehr Bürgermeister von Hitzhusen und mittlerweile aus der CDU ausgetreten.

Wolfgang Haack, Kaufmann, ist nach seinem Ausscheiden aus der Kommunalpolitik 1974 nunmehr Kreistagsabgeordneter für die CDU.

Helmut Schnack, mittlerweile verstorben, mußte sein Amt als Bürgervorsteher aus persönlichen Gründen räumen.

Kurt Schmidt, Kaufmann, trat nach der Wahl 1970 aus der CDU aus, da er seinen Wunsch, 1. Stadtrat zu werden, nicht durchsetzen konnte. Seit 1974 ist er nicht mehr im Stadtparlament vertreten.

Beschäftigt man sich etwas eingehender mit den „Neulingen“ im Stadtparlament, so kommt man zu interessanten Ergebnissen:

Jürgen Brandt, Lehrer, Stadtrat und Vorsitzender des Bauausschusses, ist verschwägert mit der Familie Dehn.

Peter Glöer, Stadtverordneter und Mitglied im Bauausschuß, ist verschwägert mit der Familie des Ex-Bürgervorstehers Schnack.

Klaus Hansmann, Kaufmann, ist Schwiegersohn der Familie Hein und an der Firma Dehn & Hein beteiligt. Er ist Vorsitzender des Sozialausschusses.

Mittlerweile sind auch die beiden wohlhabenden, alteingesessenen Gastronomiefamilien Frick und Ebeling im Stadtparlament vertreten.

Gegenüber dem Jahr 1967 hat sich offenbar in der Bramstedter „Szene“ nicht viel geändert. Ob die Vogelschützengilde tatsächlich die Rolle spielt, die Dr. Matthee in ihr vermutete, können und wollen wir nicht beurteilen.

In Kürze:

Der **Ausbau der Rosenstraße** geht zügig voran. Wegen des späten Frosteinbruchs konnten die Arbeiten am Westteil weitgehend beendet werden. Es fehlen noch die Fußgängerwege und die Verschleißdecke (und die Gebührenbescheide).

Immer fleißig zu tun, hat die Bramstedter Feuerwehr. Selbst am Heiligabend, als ein orkanartiger Sturm über Deutschland fegte, mußten die Männer zum Einsatz. Dieser Art freiwilliger Einsatz muß gelobt werden.

Unsere Meinung zur **Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung** fand regen Widerhall. Auf der Stadtverordnetenversammlung Anfang Dezember brachte nicht nur Bürgermeister Wedde sinngemäß die gleiche Argumentation vor sondern auch CDU-Fraktionschef Bornhöft. (Übrigens nachdem er fleißig in „Rund um den Roland“ während der Sitzung gelesen hatte.)



Bad Bramstedt. Zum ersten Male konnten die Handballfans in unserer Stadt beim Spiel gegen die Lübecker Turnerschaft auf einer Anzeigetafel den Spielstand verfolgen.

In der letzten Ausgabe von „Rund um den Roland“ hatten wir geschrieben, daß so etwas nützlich und wünschenswert sei. Wir wissen zwar nicht, ob unser Artikel der Auslöser war, auf jeden Fall danken wir den Verantwortlichen für diese zuschauerfreundliche Anschaffung.

Die verwendete Tafel stellt sicher noch keine Endlösung dar, aber ein guter Anfang ist gemacht.

Fortsetzung: „Wir haben alles ...“

Zuvor war ein Antrag zur Änderung der Hauptsatzung durch SPD und CDU abgelehnt worden. Es ging dabei um die Besoldung des Bürgermeisters.

Am 8.11.76 kommt es in der Stadtverordnetenversammlung zu Eklat. Bei der **Bürgermeisterwahl** nehmen SPD und F.D.P. an der Abstimmung wegen der starren Haltung der CDU und einer Äußerung Herrn Bornhöfts nicht teil.

Kurz vor Weihnachten 1976 verabschiedet die Stadtverordnetenversammlung gegen die SPD und F.D.P.-Stimmen eine neue **Satzung über die Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse**.

Im Mai 77 beschließt die CDU abermals im Alleingang die **Schließung des städtischen Altersheimes**. Auf derselben Sitzung beschließt die CDU auch, das **Grundstück unterhalb der Realschule für Einfamilienhausbebauung** zu verwenden, während sich die beiden anderen Parteien für eine verdichtete Bebauung aussprechen. Einen Antrag der CDU auf Bezuschussung der Handballabteilung lehnen F.D.P. und SPD aus Verfahrensgründen ab. Ein Antrag der SPD, die **Stelle des Jugendzentrumleiters** sofort auszuschreiben, wird von der CDU abgelehnt.

Im Sommer 77 lehnen SPD und F.D.P. die Bezuschussung der **Baumaßnahmen des Schützenvereins** ab.

Im Oktober stimmen die beiden „kleinen“ Parteien gegen die „große“, als es um die **Beschneidung der öffentlichen Berichterstattung** aus den Ausschüssen und dem Magistrat geht.

Auf der letzten Sitzung im Jahre 1977 werden zwei F.D.P. Anträge von der CDU abgelehnt. Bei dem einen handelte es sich um die **Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung**.

Das fiel uns auf:



Der **Rügerpark**, eine der romantischsten Ecken in Bad Bramstedt, verkommt mehr und mehr. Die Wege sind kaum noch begehbar, und von Landschaftspflege kann kaum die Rede sein. Hier sollte dringend etwas unternommen werden. Die Umgebung des alten Kurhauses sollte besser gepflegt werden.



Kein Bedarf an Kinderspielplätzen



Bad Bramstedt. Besteht in Bad Bramstedt kein Bedarf an Kinderspielplätzen? Diesen Eindruck müssen wir erhalten, wenn wir das Ergebnis unserer Fragebogenaktion ansehen.

Über 700 Exemplare hatten wir im Gebiet zwischen den Straßen Unter der Lieth und Liethberg (nordwestlich) verteilt. Die ausgefüllten Bögen, die wir erhalten haben, können wir noch an allen zehn Fingern abzählen.

Sollen wir daraus schließen, daß die **Spielplatzsituation in diesem Gebiet geklärt** ist? Wir können das nicht so recht glauben. Daher möchten wir an dieser Stelle nochmals alle Bewohner dieses Gebietes auffordern, uns ihre Meinung mitzuteilen.

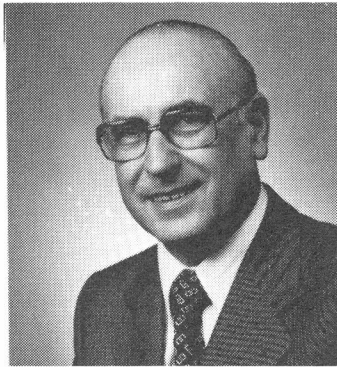
Sollten Sie dafür noch ein Exemplar unseres Fragebogens benötigen, wenden Sie sich bitte an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11. Ihre Zuschriften schicken Sie bitte an ihn oder an Ingrid Lehnert, Bob'n de Lieth 12 oder an Hans Ohletz, Graf-Stolberg-Straße 49.

Doch auch die anderen Bürger unseres Stadt können uns natürlich ihre Meinung zu diesem Thema mitteilen.

Die SPD will Politik für die Bürger machen, doch dazu benötigt sie die Meinung und die Vorschläge Ihrerseits. (Sie können selbstverständlich auch den Weihnachtswunschzettel der SPD für Ihre Zuschrift benutzen.)

Unsere Kreistagskandidaten

Reinhold Rath



Reinhold Rath wurde 1925 in Lübeck geboren. Nach einer kaufmännischen Lehre leistete er seinen Arbeits- und Wehrdienst ab und arbeitete nach dem Kriege zunächst in einer Tischlerei. 1948 ging er als Angestellter zu Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, wo er bis 1963 blieb. Reinhold Rath übernahm dann die Leitung des Krankenhauses in Ratzeburg als Verwaltungschef. In Ratzeburg engagierte er sich auch aktiv in der Kommunalpolitik. Fast 7 Jahre war er für die SPD im Magistrat der Stadt und über viele Jahre Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Stadtparlament.

Seit 1973 ist er Verwaltungsleiter der Rheumaklinik in Bad Bramstedt. Auch in dieser Stadt trat er in die Kommunalpolitik ein. Seit 1974 ist er Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse und ab 1976 sitzt er im Finanzausschuß der Stadt.

Sein besonderes Interesse gilt neben der Gesundheitspolitik insbesondere dem Fremdenverkehr und den damit zusammenhängenden Fragen.

Seine Frau und sein Sohn haben oft nicht viel vom Hausherrn, der „nebenbei“ auch in verschiedenen Vereinen tätig ist.

Die kommunalpolitischen Erfahrungen Reinhold Raths waren für die SPD Grund genug, ihn als Kreistagskandidaten zu nominieren.

Hitzhusen erhält diesmal gleich zwei Ausgaben des „Rund um den Roland“. Bei der Dezemberausgabe hatte die Verteilung nicht einwandfrei geklappt.

Helmut Brüggemann

Viel länger als **Helmut Brüggemann** kann man wohl kaum in unser Demokratie parlamentarische Erfahrungen gesammelt haben.

Seit 1947 ist er ununterbrochen als bürgerliches Mitglied und als Stadtverordneter in der Bramstedter Politik tätig.

Helmut Brüggemann wurde 1920 in Billstedt geboren und heiratete 1941 nach Bad Bramstedt, wo er seitdem lebt und arbeitet.

Er hat den Beruf des Betonbauers gelernt und trat 1946 in die Gewerkschaft Bau-Steine-Erden ein. Von ihr wurde er 1947 als bürgerliches Mitglied in die städtischen Ausschüsse entsendet. Als er 1956 bei der Rheumaheilstätte als Betriebshandwerker Arbeit fand, wechselte er in die Gewerkschaft ÖTV über.



Im Jahre 1957 wurde er Mitglied der SPD und zog 1962 für diese Partei als Stadtverordneter in das Bramstedter Parlament ein. Er übernahm von da an den Vorsitz des Bauausschusses, den er bis 1974 innehatte. Von 1966 bis 1974 war er fast ununterbrochen Stadtrat für die SPD und ist jetzt stellvertretender Bürgervorsteher.

Auch in seinem Betrieb engagierte Helmut Brüggemann sich. 1959 wurde er Mitglied des Betriebsrates und 1961 dessen Vorsitzender.

Der Vater von vier erwachsenen Kindern kandidiert jetzt zum wiederholten Male für den Kreistag. Als langjähriger Bramstedter Bürger kennt er nicht nur die Probleme des Ortes, sondern auch die der Umgebung, des sogenannten ländlichen Raumes.

Abgabendebakel

Bad Bramstedt. Die Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse können in unserer Stadt leicht zu Abgaben zur Änderung der Mehrheitsverhältnisse werden.

Noch im alten Jahr wurde bekannt, daß Bürgervorsteher Warnemünde, der 1970 für diese Abgaben gestimmt hatte, selbst Einspruch gegen die Zahlung erhoben hat.

Dieser Vorgang berechtigt zu ernsthaften Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der Entscheidungen der CDU, zumal auch andere CDU-Mitglieder Einspruch erhoben haben.

Man stelle sich einmal vor: Der Bundestag beschließt ein Gesetz, daß z.B. jeder Deutsche zweimal seinen Wehrdienst leisten müsse und anschließend ginge der Bundeskanzler vor Gericht, damit dieses Gesetz nicht für seine Familie angewendet werde. Was würden da wohl die Bürger sagen?

Bei uns am Orte meint die CDU jedoch, sich ein solches Vorgehen leisten zu können. Dafür muß diese Partei die Quittung von den Bürgern bekommen.

Bereits in unser Januarausgabe 1977 hatten wir die Abgabensatzung ausführlich besprochen. (Was uns damals eine Anzeige des CDU-Vorsitzenden eintrug.)

Die SPD Bad Bramstedt hat sich in Sachen dieser Abgabe jedoch nichts vorzuwerfen. Als einzige Partei stimmte sie 1970 gegen die Satzung. Damit stand sie nicht nur im Widerspruch zu den anderen Bramstedter Parteien sondern auch in ganz Schleswig-Holstein ziemlich allein. Doch die Zeit hat der SPD recht gegeben.

Um die Ungerechtigkeiten dieser Satzung zu verdeutlichen, hier nur drei Beispiele:

1. **Haben Sie 1976 eine 100-qm-Wohnung gebaut und die Abgabe gezahlt, so mußten Sie 1.650 DM dafür aufbringen** (nach der Satzung von 1970).
 2. **Haben Sie 1976 gebaut und wurden nach der neuen Satzung (vom Dezember 1976) veranlagt, so müssen Sie 1.100 DM zahlen.**
 3. **Haben Sie eine solche Wohnung gebaut und Einspruch erhoben, so haben Sie die Chance, das Geld zurück zu erhalten,**
 4. **Sofern Sie im ersten und zweiten Fall keinen Einspruch erhoben haben, haben Sie keinen Rechtsanspruch auf Rückzahlung.**
- So etwas nennt man wohl „gleiches Recht für alle“

Die Kandidaten der SPD in Bimöhlen

Bimöhlen. Die Sozialdemokraten in Bimöhlen haben ihre Kandidaten für die Kommunalwahl am 5. März 78 benannt. Es sind dies:

1. Fritz Roblick
2. Ursel Melzer
3. Axel Paul
4. Karl-Heinz Jacobi
5. Karl Wulff

Damit geht die SPD mit ihrem „alten“ Gemeindevertreter an der Spitze in den Wahlkampf.

v.l.n.r.:

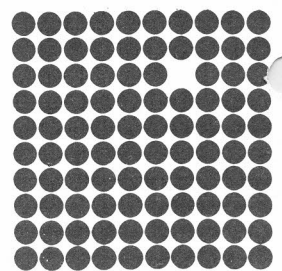
Fritz Roblick, Axel Paul,

Ursel Melzer, Karl Wulff,

Karl-Heinz Jacobi



Ein Platz ist frei für Sie!



leserbriele



an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

Impressum: „Rund um den Roland“ wird herausgegeben vom SPD-Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung. Herausgeber im Sinne des Pressegesetzes ist der jeweilige Gebietsverbandsvorsitzende, z.Zt. Karl Jacobi, 2357 Bimöhlen, verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, Bad Bramstedt. Erscheinungsweise: 4-5 mal jährlich. Auflage: z.Zt. 4.500, Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.